

Handlungskonzept der CAU gegen (extrem) rechte Einflussnahme

Antragssteller*innen:

Hochschulgruppe Studis gegen Rechts Kiel

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen, eine Stellungnahme auf der Webseite des Gremiums zu veröffentlichen, die das Erfordernis eines Handlungskonzeptes gegen extrem rechte Einflussnahme an der CAU aufzeigt.

Das Studierendenparlament möge des Weiteren beschließen, dem Präsidium eine Handlungsempfehlung auszusprechen, die beinhaltet, dass das Präsidium zeitnah ein Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der Universität erarbeiten und umsetzen sollte.

In der Folge möge das Studierendenparlament den studentischen Repräsentant*innen im Senat nahe legen sich für den Erlass eines Handlungskonzepts gegen (extrem) rechte Einflussnahme durch den Senat der CAU gemäß §21 HSG, Abs. 5 einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir ein Handlungskonzept mit,

Schutzmaßnahmen gegen (extrem) rechte Mobilisierungs- und Normalisierungsversuche an Institutionen wie der CAU, die sich an folgenden Leitlinien orientieren: 1) einer proaktiven Thematisierung des Problems von Rechtsextremismus in Institutionen und Stadtgesellschaften, 2) der parteilichen Positionierung auf Seiten der Betroffenen von (extrem) rechter Gewalt in Form von ideeller und materieller Unterstützung, und 3) einer partizipativen Umsetzung gemeinsam ausgehandelter (Präventions-)Maßnahmen, z.B. Sensibilisierungsworkshops, Antipopulismus-Angebote, Fortbildungen (siehe Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der BTU Cottbus-Senftenberg (Radvan und Dhyr, 2023)).

institutionellem Rückhalt für Studierende, die sich kritisch mit der Normalisierung von rechtspopulistischer und (extrem) rechter Politik und den rechten Parteien allgemein- und hochschulpolitisch auseinandersetzen. Darunter fällt die Absicherung vor Sanktionierung, die Absicherung der Exmatrikulation aufgrund von demokratischem Aktivismus, als auch die Zusicherung von Räumen für die demokratische Teilhabe und Gestaltung an der Uni.

Stärkung der Stabstelle für Diversität und Antidiskriminierung. Dies sollte z.B. durch die Ausweitung und Finanzierung von Antidiskriminierungsberatungsangeboten und der diversitätssensiblen Öffentlichkeitsarbeit, aber auch durch stärkere Transparenz und Werbung von Anlaufstellen für Betroffene rechter Gewalt ermöglicht werden.

der Entwicklung eines Leitfadens für Angestellte und Mitarbeitende, um auf Rechte und Pflichten im Fall von (extrem) rechter Einflussnahme auf den Lehr-/Verwaltungsbetrieb hinzuweisen, z.B. Remonstrationsrecht, Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in Art 3 GG, sowie der Vermittlung von Leitlinien zum Umgang mit antidemokratischen, autoritären und gruppenbezogener Diskriminierung und anderen (extrem) rechten Erscheinungen im Universitätsbetrieb.

Antragsbegründung:

1. Hinführung

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) setzen sich viele engagierte Personen auf unterschiedlichen Ebenen für Diversität und gleichberechtigte Teilhabe ein. Die Universität verfolgt dabei ein systemisch gefördertes Ziel der Vielfalt sowie Chancengerechtigkeit und Anti-Diskriminierung in allen Bereichen des universitären Lebens. Der zu erarbeitende Leitfaden soll dazu dienen, einen aktiven Beitrag zu einem inklusiven und respektvollen Miteinander auf allen Ebenen zu leisten, um die menschenrechtlich verankerte Garantie auf gesellschaftliche Teilhabe und Bildung sowie das Recht auf einen diskriminierungsfreien Studien- und Arbeitsplatz zu verwirklichen: eine Vereinigung von Aspekten der Lehr-Lern-Kultur, des Umgangs miteinander, die Beachtung der Diversität und der Bedarfe aller Beteiligten sowie der vorhandenen und möglichen Rahmenbedingungen. Unter dem gemeinsamen Motto „Pax Optima Rerum“ – eine Forderung für Weltoffenheit, internationaler Verständigung und Frieden – fördern und schätzen wir an der CAU Engagement, Reflexion und Partizipation aller an der Lehre und am Lernen Beteiligten und stärken eine bedarfssensible Haltung. Wir tolerieren an der CAU keinerlei Diskriminierung oder Ausgrenzung.

Angesichts zunehmender antidemokratischer und (extrem) rechter Mobilisierung und Einflussnahme, die sich gesamtgesellschaftlich, auf dem Campus und auch vermehrt in den Landesgesellschaften von Schleswig-Holstein beobachten lassen, braucht es weitere und zum Teil spezifische Antworten für den Hochschulbetrieb an der CAU. Ein wohlüberlegtes Konzept, welches Ressourcen evaluiert, Handlungsbedarfe formuliert und Interventionsmöglichkeiten gegen (extrem) rechte Einflussnahmen auf den Campi einleitet. Dem Antrag des Handlungskonzeptes geht eine E-Mail an das Präsidium der CAU mit der Ansammlung aus Vorfällen an der CAU voraus, aus denen sich u.a. die Notwendigkeit und Struktur des hier vorliegenden Antrages begründet.

2. Zielsetzung

Ein Handlungskonzept würde darauf abzielen, im Rahmen der vorgelegten Problembeschreibung die Universität als Studienort und Arbeitsstelle für alle Studierenden, Angestellten und Besucher*innen sicher(er) zu gestalten. Dieser Ansatz versteht die Uni als Ort der kritischen Auseinandersetzung, Emanzipation, Gleichberechtigung und Teilhabe. Ein wichtiges Ziel hierbei liegt im Schutz des Hochschulbetriebs vor möglicher oder akuter Einflussnahme durch antidemokratische und (extrem) rechte Kräfte. Daneben zielt ein mögliches Handlungskonzept sowohl auf

die proaktive Thematisierung der Realität des aufstrebenden Rechtsextremismus und der damit verbunden gesellschaftlichen Probleme, der Sensibilisierungen innerhalb der Institution (auf Ebene der Verwaltung, Lehre und des Studiums) für verschiedene Diskriminierungsformen ab als auch auf die weitestmögliche Einschränkung der Wirkung (extrem) rechter Diskurse und Einflussnahmen, die auch im Universitätsalltag auftreten und sich in naher Zukunft u.a. durch die Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse in Schleswig-Holstein intensivieren könnten.

3. Ausgangslage

3.1 Gesamtgesellschaftliche Entwicklung

(Extrem) rechte Einstellungen sind nicht ausschließlich eine Erscheinung des so genannten ‚gesellschaftlichen Randes‘. Vielmehr befinden wir uns inmitten der gesellschaftlichen Änderung. In vielen Ländern gewinnen rechtspopulistische Parteien an Zustimmung. Häufig spiegelt sich dies auch in deren Regierungsbeteiligung wider. Beispielsweise kann die Regierung in Argentinien unter Javier Milei als rechts-libertär eingestuft werden (Zilla 2024, Scherf/Tesch 2024). Betrachten wir die Entwicklungen in der EU, z.B. Italien, wird dort die aktuelle Regierung aus einer Koalition der Parteien Fratelli d’Italia, Lega und Forza Italia zusammengestellt, die gemeinsam eine nationalkonservative Regierung stellen; mit Giorgia Meloni als Ministerpräsidentin, welche als postfaschistisch gilt (Livi 2024).

Auch in weiteren Ländern der EU sind bzw. waren rechte/rechtspopulistische und teils rechtsextreme Parteien an der Regierung beteiligt. Hierzu zählen z.B. Ungarn und die Niederlande (Deutschlandfunk 2025). Seit ca. einer Dekade ist eine gesamtgesellschaftliche Diskursverschiebung in eine politisch rechte Richtung zu beobachten. Autoritär-nationalistische Positionen, die von einer Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen, werden in der Öffentlichkeit häufiger vertreten. Auch im Europäischen Parlament sind verschiedenste rechtsradikale Parteien vertreten, die sich in den Fraktionen Europäische Konservative und Reformer, Patrioten für Europa und Europa der Souveränen Nationen organisieren. Es wird zunehmend wahrscheinlicher, dass diese Parteien an Einfluss gewinnen, zum Beispiel auch, indem Mitte-Rechts-Parteien Positionen der rechten Parteien übernehmen, in dem Versuch Wähler*innen zu gewinnen und die radikale Rechte zu schwächen (Schellenberg/Schellenberg 2024, lpb 2024).

Dieser Rechtsruck wird auch in Deutschland spürbar. Die AfD wurde in den letzten Jahren zunehmend gewählt. Bei der Bundestagswahl 2025 erreichte sie 20,8% der Stimmen. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen 30,6% und 32,8%. In Thüringen ist die AfD stärkste Kraft geworden. Diese Wahlergebnisse zeigen eine zunehmende Akzeptanz rechter Positionen in der Wähler*innenschaft. Die AfD ist in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft, in weiteren Bundesländern als Verdachtsfall (Decker 2022, Fam 2024, vlg. Mediendienst Integration 2026). Nicht nur die AfD wird in Deutschland populärer, auch von der vermeintlichen „Mitte“ Deutschlands werden immer mehr rechte Themen

aufgegriffen. So haben in den letzten Jahren Parteien wie die CDU beispielsweise ihre Migrationspolitik verschärft. Gleichzeitig wird die AfD von vielen AfD-Wähler*innen als mittig und nicht als rechts bewertet (Schwesinger 2025, Krause 2025) und auch in einer umfassenderen Betrachtung der Diskurse zeigt sich eine Normalisierung in Hinblick auf verschiedene antidemokratische und menschenfeindliche Tendenzen oder eine fehlende Abgrenzung zu solchen (Zig 2025, Eden/Sandal-Önal/Zick/Ackermann 2025).

Von diesen Entwicklungen betroffen sind vor allem diejenigen Menschen, die motiviert durch konstruierte Feindbilder innerhalb (extrem) rechter Ideologien Abwertung erfahren. Dazu gehören insbesondere People of Colour, Schwarze Deutsche, demokratisch Engagierte, jüdische, muslimische, queere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Gefahr der Normalisierung rechten Handelns und rechten Gedankenguts zeigt sich beispielsweise in der Zunahme rechter Straftaten.

Sowohl rechtsextremistische Straftaten als auch rechtsextremistische Gewalttaten stiegen von 2023 auf 2024 an (Bundesamt für Verfassungsschutz 2025, Lüdecke 2025).

3.2 Entwicklungen in Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein zeigt sich der Rechtsruck in der politischen Landschaft. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 nahm der Anteil der Zweitstimmen der AfD um 9,5% auf 16,3% zu. Damit wurde sie drittstärkste Kraft. Der zunehmende Anteil der AfD-Stimmen zeigte sich auch in Kiel (Anstieg von 5,8% auf 10,8%) (Bundeswahlleiterin 2025). Das Problem beginnt jedoch nicht erst beim Rechtsextremismus. Rechte Tendenzen zeigen sich auch in nicht explizit politischen Kontexten, in Alltagssituationen vieler Menschen, u.a. Studierenden. Dem Verein ZeBrA e.V. (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe) sind im Jahr 2024, 164 rechte Gewalttaten in Kiel bekannt, was einen Anstieg um 20 % zum Vorjahr darstellt. Der größte Anteil der Taten stellte rassistische Gewalt dar, aber es gab auch Gewalttaten gegen politische Gegner*innen von rechts. Antisemitische, sowie queerfeindliche Gewalttaten (ZeBrA e.V. 2024).

3.3 Entwicklung im Bereich der Wissenschaft

Im Rahmen dieser Entwicklungen rückt auch Wissenschaft ins Visier rechter Einflussnahme und Angriffe. Rechte Narrative werden in wissenschaftliche Diskurse hineingetragen, auch Menschen mit rechten Einstellungen und solche, die in der rechten Szene organisiert sind, werden im sozialen Umfeld der Wissenschaft sichtbarer (Reusch 2024). Das zeigen u.a. zahlreiche Anfragen der AfD-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag (vgl. zu Gender und Geschlechterforschung, Bereswill/Ehlert/Neuber 2021), wie auch deren Positionierungen gegen wissenschaftlich begründete Antworten zur Eindämmung des Pandemiegeschehens (Henze 2024) oder des Klimawandels (Deutscher Bundestag 2025). Neben solchen öffentlichen Diffamierungen und Angriffen erfolgt jedoch auch innerhalb des wissenschaftlichen Austauschs eine Diskursverschiebung rund um die Begriffe ‚Wissenschaftsfreiheit‘, ‚Ideologie‘ und ‚Cancel Culture‘. Dabei spaltet sich der Diskurs entlang der Pole individueller Freiheitsrechte (z.B.

Forderung: ‚keine Sprech- und Denkverbote‘) gegenüber der Förderung von Teilhabe bisher marginalisierter Perspektiven an der Wissensproduktion.

Die Angriffe auf die Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit zielen darauf ab, Forschungsfelder, Forschungsergebnisse und Positionen, die antipluralistische und antidemokratische Haltungen in Frage stellen, zu delegitimieren und deren Finanzierung anzuzweifeln. Insbesondere sind hiervon Bereiche der Migrations- und Klimaforschung, Epidemiologie, Gender Studies sowie sozial- und geisteswissenschaftliche Grundlagen betroffen. Rechte Positionen und Angriffe auf Thematiken und Forschende untergraben das wissenschaftliche Ringen um Erkenntnis. Eine diesbezügliche atmosphärische Veränderung geht mit der Gefahr einher, die Grundlagen des demokratischen Miteinanders, aber auch des wissenschaftlichen, kritisch-dialogischen Austausches und des freien Denkens einzugrenzen (Karakayali/Tsianos 2025).

Durch ein Negieren des Vorhandenseins solcher Entwicklungen ebenso wie von Diskriminierung, Herrschaftsverhältnissen und globaler Ungleichheit werden eben diese Phänomene verstärkt (Landesdemokratiezentrum SH 2024). Dabei haben Hochschulen als Orte des Lernens, der Reflexion und Kritik sowie der Analyse und des Erforschens eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie statten Menschen mit Werkzeugen aus, um ihre eigene Lebensrealität zu artikulieren und über sie nachzudenken. Für viele Konfliktkonstellationen liegt aber keine konsolidierte Rechtsprechung vor (Reusch 2024). Im Sinne einer chancengerechten Hochschule (im Sinne des Art. 3 GG) und Aufrechterhaltung der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5, Abs. 3 GG, Karakayali/Tsianos 2025), ist auf Grundlage der verfassungsgebundenen Werte die Vermittlung einer klaren Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus und anderen Diskriminierungsformen notwendig, um möglichst allen den Zugang und die Teilhabe am Hochschulleben und somit der Wissensproduktion zu ermöglichen.

4. Begründung

4.1 Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt im Kontext von Rechtsextremismus an der CAU

Von den Entwicklungen in Schleswig-Holstein, bleibt auch die Sphäre der Universität nicht unberührt. Durch eine zunehmende Normalisierung von autoritaristischen und extrem rechten Aussagen im öffentlichen Diskurs (ZeBrA e.V. 2024) ist davon auszugehen, dass sich diese Verschiebung auch an der Hochschule weiter reproduziert. Letztes Jahr im April kam es an einem Infostand der Studis gegen Rechts Kiel zu einem Vorfall mit der Frau des öffentlich rechten AfD-Mitgliedes Hubert Pinto de Kraus. Dabei wurden Studierende verbal angegriffen und ein Großteil des Infomaterials zerstört. Gedroht wurde von Frau Pinto de Kraus mit Anzeige und Klage. Sie rief die Polizei. Die Hochschulzeitung Der Albrecht wurde vor der OB-Wahl in Kiel beim Verteilen der Zeitungen auf den Campi aufgrund des Nicht-Abbildens von Hubert Pinto de Kraus als Kandidat der AfD konfrontiert. Es kam zur verbalen Aggression, die Personen wurden dabei beschimpft und die Zeitung als „Populisten- und Propagandablatt“ betitelt.

4.1.1 Mobilisierungsversuche durch Symbole und Flyer

In den letzten Monaten waren vermehrt Mobilisierungsversuche in Form von Stickern, Flyern und Schmierereien zu beobachten. An den Campi der CAU kam es vermehrt (v.a. in Mensa1) zu Schmierereien auf Flugblättern zu Transsexualität-Awareness, als auch vermehrt zu rechten Schmierereien, z.B. „White Power“, die sich auf die rassistische ‚White Supremacy‘-Ideologie beziehen, auf den Frauen- und vor allem auf den Männertoiletten. Auf den Campi der HAW-Kiel wurden rechte Flugblätter verteilt.

4.1.2 Mobilisierungsversuche auf (öffentlichen) Veranstaltungen

Völkisch-autoritäre und (extrem) rechte Kader versuchen, öffentliche Vorlesungs- und Diskussionsveranstaltungen zu nutzen, um durch Ihre Anwesenheit Unbehagen und Angst zu schüren, ihre Ideologie durch Einschüchterungsversuche zu verbreiten und dabei Informationen von Studierenden zu erwerben. Bei einer Informationsveranstaltung von Studis gegen Rechts Kiel am 03.11.2025 für eine Protestaktion gegen die Gründung der AfD-Jugend im Rahmen des Plenums und in Zusammenarbeit mit widerstehen Kiel erschien ein Mann, welcher bei einigen bereits zu Beginn Unbehagen auslöste. Grundsätzlich darf zu unseren Veranstaltungen jede*r kommen, daher wurde er erstmal nicht angesprochen. Eine Person bemerkte, dass der Mann aus der letzten Reihe Fotos von den Vortragenden machte, sodass die Nummer der Campus-Security bereitgelegt wurde. Zum Ende der Veranstaltung fiel einer anderen Person auf, dass der Mann eine Liste über längere Zeit in der Hand hielt, die Kontaktdaten von Protest-Interessierten beinhaltete. Kurze Zeit darauf bekamen Personen, die auf dieser Liste standen, einen Anruf, der scheinbar zum Ziel hatte, die Betroffenen von seiner rechten Gesinnung und einer Mitgliedschaft bei den Jungen Nationalisten zu überzeugen. Wir deuten diese Handlungen als Einschüchterungsversuch, mit dem Willen Angst zu schüren, zu stören und antifaschistisches, also demokratisches, Engagement zu sabotieren. Er hinterließ zudem einen transfeindlichen Sticker zwischen unseren auf dem Tisch. Dieselbe Person erschien am 12.10.2025 an einem Infostand von Studis gegen Rechts Kiel am Audimax der CAU. Augenscheinlich unter Amphetamineinfluss wurde argumentativ versucht die rechte Ideologie näher zu bringen, wobei sich die Diskussion im Kreis drehte und er erst nach mehrmaligem, sehr deutlichem Auffordern den Stand verließ. Kurze Zeit später näherte sich aus der gleichen Richtung ein weiterer Mann in ähnlichem Alter und tat es ihm gleich.

4.2 Im Kontext der Internationalen Kooperation

Die CAU hat mit 2572 internationalen Studierenden, 526 internationalen Forschenden und Lehrenden und einem Anteil von 26 % internationaler Promovierenden (CAU 2025), einen hohen Anteil an internationalen Studierenden, was die Universität nicht zuletzt durch ihr Leitbild der ‚Internationalisierungsstrategie‘ (CAU 2023) aktiv und erfolgreich befördert. Kiel ist international vor allem durch ihre Exzellenzcluster „ROOTS – Konnektivität von Gesellschaft, Umwelt und Kultur in vergangenen Welten“ und

„Precision 8 Medicine in Chronic Inflammation (PMI)“, als innovativer Studienort bekannt. Davon zeugt die Teilnahme an der Europäischen Universität der Meere (SEA-EU), ein Super-Campus, der sich vom Mittelmeer bis zum Polarkreis erstreckt und die ambitionierte Zusammenarbeit durch Austausch von Kulturen, Wissen und Erfahrungen ermöglicht. SEA-EU setzt dabei auf Leitlinien der Inklusion und der Geschlechterparität. Unabhängig von Geschlecht oder Herkunft wird hier ein Raum geschaffen, welcher Gehör für Vielfalt und Gleichberechtigung fordert, um Barrieren abzubauen, Stereotypen zu hinterfragen und Gerechtigkeit in Bildung und Forschung zu fördern (SEA-EU 2026).

4.3 Herausforderungen in der Lehre

Die CAU umfasst – im Einklang mit ihrem Leitfaden – wissenschaftliche Standards in der Lehre, welche selbstregulativ, erfahrungsbasiert und evaluationsorientiert sind. In diesem Zusammenhang stehen die stetige Evaluation und die Weiterentwicklung der Curricula (CAU 2023). Um die Rahmenbedingungen zu erhalten, braucht es einen grundsätzlichen Qualitäts- und Exzellenzanspruch, entsprechende Qualitätssicherung und Entwicklung. Formen von Diskriminierung ebenso wie von Rechtsextremismus sind für gewöhnlich in sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen Lerngegenstände, die im Verlauf von Vorlesungen und Seminaren aus kritischen Perspektiven beleuchtet und diskutiert werden. Dass entsprechende Erscheinungsformen in Lehrveranstaltungen ‚auftauchen‘ bzw. zum Problem werden, stellt Lehrende und Studierende, aber auch die Verwaltung und die Institution an sich vor Herausforderungen, und zwar disziplinenübergreifend. Dies zeigt sich u.a. im Lehramtsstudium Geschichte an der CAU. Lehrveranstaltungen zum Nationalsozialismus sind keine Pflicht, ein Lehramtsstudium kann ohne den Besuch einer Veranstaltung zum Erlernen eines sensiblen Umgangs mit der deutschen Geschichte abgeschlossen werden.

4.4 Antizipation von hochschulpolitischer Einflussnahme durch die AfD

Vor dem Hintergrund der in Punkt 3.2 dargestellten politischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein ist davon auszugehen, dass die AfD in der kommenden Legislaturperiode als Fraktion in den Landtag von Schleswig-Holstein einziehen könnte. Ein Blick auf parlamentarische Initiativen der AfD in anderen Bundesländern sowie auf Bundesebene zeigt, dass hochschulpolitische Themen und insbesondere die studentische Selbstverwaltung wiederholt Gegenstand politischer Interventionen der Partei sind.

So forderte die AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag im November 2025 in einem Antrag eine umfassende Reform der verfassten Studierendenschaft (Niedersächsischer Landtag, 2025). Der Antrag umfasst unter anderem die Abschaffung des bestehenden AStA-/StuPa-Systems, die Einführung zusätzlicher administrativer Hürden für studentische Mitwirkung, die Kürzung finanzieller Mittel studentischer Gremien sowie Einschränkungen des politischen Mandats der verfassten Studierendenschaft, insbesondere im Bereich politischer Bildung. Darüber hinaus wird in dem Antrag die demokratische Legitimation studentischer Vertreter*innen grundsätzlich infrage gestellt

sowie eine stärkere institutionelle Kontrolle der Studierendenschaft durch Hochschulleitungen gefordert.

Vergleichbare parlamentarische Initiativen lassen sich auch in anderen Bundesländern beobachten. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben AfD-Fraktionen Gesetzesentwürfe sowie Kleine Anfragen eingebracht, die sich mit der Abschaffung, Einschränkung oder stärkeren Kontrolle der verfassten Studierendenschaften befassen (Landtag Sachsen-Anhalt, 2022; Thüringer Landtag, 2025; Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2025).

Diese Initiativen deuten auf eine wiederkehrende hochschulpolitische Schwerpunktsetzung hin, die auf eine Einschränkung studentischer Selbstverwaltung, eine Neujustierung ihrer Aufgabenbereiche sowie eine stärkere institutionelle Kontrolle abzielt. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, frühzeitig institutionelle und strukturelle Maßnahmen zu entwickeln, die die Autonomie studentischer Selbstorganisation sichern und demokratische Beteiligungsstrukturen an Hochschulen stärken.

Ein Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der CAU stellt daher einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre, zur Stärkung studentischer Selbstorganisation sowie zur Förderung demokratischer Diskussions- und Bildungsräume an der Universität dar.

5. Schluss

Bitte diskutieren Sie den oben angeführten Antragstext.

Quellenangaben:

Radvan und Dhyr 2023: Handlungskonzept gegen (extrem) rechte Einflussnahme an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg: Sensibilisiert. Positioniert. Engagiert., https://www-docs.b-tu.de/fg-methoden-theorien-sozialarbeit/public/handlungskonzept/Handlungskonzept-gegen_extrem_rechte-Einflussnahme-an-der-BTU_RZ-14.pdf

Zilla 2024: C.Zilla, Ideologie und Politik bei Javier Milei. Libertärer Populismus in Argentinien, SWP Aktuell (2024), <https://www.swp-berlin.org/publikation/ideologie-und-politik-bei-javier-milei>

Scherf/Tesch 2024: J.Scherf/B.Tesch, 100 Tage Milei in Argentinien: Beleidigungen sind jetzt Teil des politischen Alltags, Heinrich Böll Stiftung (2024)

Livi 2024: M.Livi, Die (extreme) Rechte in (2024), <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/552817/die-extreme-rechte-in-italien/> Italien, bpb

Deutschlandfunk 2025: Rechtsruck in Europa. Die Rechtsaußen-Parteien gewinnen an Einfluss, Deutschlandfunk (2025), <https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html>

Schellenberg/Schellenberg 2024: B.Schellenberg/A.Schellenberg, Die Radikale Rechte im europäischen Vergleich. Kernelemente und Unterschiede, bpb <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240093/die-radikale-rechte-im-europaeischen-vergleich/#node-content-title-10> (2024),

lpb 2024: Rechtsruck in Europa. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, lpb (2024), <https://www.europawahl-bw.de/rechtsruck-in-europa> Decker 2022: F.Decker, Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD, bpb (2022), <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>

Fam 2024: P.Fam, Wo ist die AfD in deutschen Landtagen vertreten?, rnd (2024) Mediendienst Integration 2026: Ist die AfD rechtsextrem?, Mediendienst Integration (2026)

Schwesinger 2025: H.Schwesinger, Warum die Union nicht stärker ist - und die AfD so erfolgreich, tagesschau (2025), https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/bundestagswahl-analyse_104.html

Krause 2025: W.Krause, Rechtsaußenpositionen im Parteienwettbewerb. Normalisierung und Mainstreaming, bpb <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/561905/rechtsaussenpositionen-im-parteienwettbewerb/>

Zig 2025: A.Zick, Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25. In: F.Schröter, Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025, Friedrich-Ebert-Stiftung (2025)

Eden/Sandal-Önal/Zick/Ackermann 2025: M.Eden/E.Sandal-Önal/A.Zick/K.Ackermann, Demokratievorstellungen und Demokratiewahrnehmungen in der Mitte. In: F.Schröter, Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025, Friedrich-Ebert-Stiftung (2025)

Bundesamt für Verfassungsschutz 2025: Zahlen und Fakten, Bundesamt für Verfassungsschutz (2025), https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html

Lüdecke 2025: R.Lüdecke, Alle 12 Minuten eine rechte Straftat: Hass und Gewalt sind zum Flächenbrand geworden, Amadeu Antonio Stiftung (2025)

Bundeswahlleiterin 2025: Bundestagswahl 2025, Bundeswahlleiterin (2025), <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99/land-1/wahlkreis-5.html>

zebra e.V. 2024: Monitoring 2024. Anzahl dokumentierter rechter Gewalttaten in Schleswig-Holstein erneut gestiegen, zebra e.V. (2024), <https://www.zebraev.de/monitoring-2024/>

SH 2026: Gesetz für gesellschaftliche Vielfalt und zum Schutz vor Diskriminierung (GGVSD), Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, SH (2026), <https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/V/vielfalt/ggvsd?nn=b796c26b-d9ce-4e49-a0327e552e6933b8>

CAU 2023: Leitbild Lehren und Lernen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, CAU (2023), https://www.uni-kiel.de/fileadmin/user_upload/universitaet/profil/cau-leitbild-lehren-und-lehren.pdf

CAU 2025: International. CAU International. Internationale Zahlen, CAU (2025), <https://www.uni-kiel.de/de/international>

SEA-EU 2026: Equity and Inclusion, SEA-EU (2026), <https://sea-eu.org/equity-and-inclusion/>

Reusch 2024: M.Reusch, Warum sich die Wissenschaft so schwer tut im institutionellen Umgang mit rechten Angriffen, Gerdea (2024)

Bereswill/Ehlert/Neuber 2021: M.Bereswill/G.Ehlert/A.Neuber, Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung. In: Gender - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft (2021)

Henze 2024: D.Henze, „Wählen Sie diese Regierung ab, solange Sie noch können“. Inszenierung und Wirken der Bundestagsreden der AfD in Bezug auf die COVID-19-Pandemie. In: Autoritäre Dynamiken in der Krise (2024)

Deutscher Bundestag 2025: Widerstand gegen AfD-Pläne zur Beseitigung der Klimaschutzfolgen, Deutscher Bundestag (2025), <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw26-de/klimaschutzfolgenbereinigung-1084784>

Karakayali/Tsianos 2025: J.Karakayali/V.Tsianos, Extrem rechte Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit. In: ReGA-Newsletter (2025)

Beratungs- Landesdemokratiezentrum SH 2024: Rechtsextremismus. Wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische und Präventionsarbeit am Beispiel von Schleswig-Holstein, Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein (2024), <https://www.wachholtz-verlag.de/out/media/Rechtsextremismus.pdf>

Niedersächsischer Landtag 2025: Antrag Fraktion der AfD: Reform der Verfassten Studentenschaft zur Beförderung der Wissenschaftskompetenz unserer Hochschulen -

Studentenrat (StuRa) statt AStA Drucksache 19/8962, https://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_19_10000/08501-09000/19-08962.pdf

Landtag von Sachsen-Anhalt 2022: Antwort auf Kleine Anfrage „Studierendenschaften“ und deren Vertretungen an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt - KA 8/1073 Drucksache 8/2028 (2022), <https://gordonkoehler.de/wp-content/uploads/2023/03/KA-Studierendenschaften.pdf>

Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2025: Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 8/4635, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes (2025), https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/63969/8_4635_gesetz_zur_aenderung_des_landeshochschulgesetzes

Thüringer Landtag 2025: Gesetzentwurf der Fraktion der AfD: Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes - Sicherung der Vereinigungsfreiheit der Studenten an den Thüringer Hochschulen Drucksache 8/1039, https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/101650/zweites_gesetz_zur_aenderung_des_thueringer_hochschulgesetzes_sicherung_der_vereinigungsfreiheit_der_studenten_an_den_thueringer_hochschulen_vorabdruc.pdf